



AUFGEFALLEN

Von Klaus-Dieter Pfaff

Telefon: 0 42 98/27 04 90 05

E-Mail: klaus-dieter.pfaff@btg.info

Ja, ja – so spielt das Leben. Auch wenn man zwischenzeitlich seine Meinung in der einen oder anderen Frage vielleicht geändert haben mag, wird man manchmal noch Jahre später von der Vergangenheit eingeholt. Das mussten jetzt auch diverse Lilienthaler Ratsmitglieder erkennen, als sie sich mit der Tagesordnung für die nächste Gemeinderatssitzung beschäftigt haben. Denn am Dienstagabend geht es um die „Durchführungsvereinbarung zwischen der Stadtgemeinde Bremen und der Gemeinde Lilienthal“.

Hinter dieser etwas bürokratischen Formulierung verbirgt sich letztendlich eine ganz Menge Zündstoff, denn in diesem Papier, das der Rat mit seiner Mehrheit beschließen muss, geht es sowohl um den Verkehrsanschluss der Lilienthaler Ortsentlastungsstraße an das bremische Straßennetz als auch um die Straßenbahnverlängerung der Linie 4 bis Falkenberg. Sollte sich die Mehrheit der Kommunalpolitiker dieser Vereinbarung widersetzen und den Bremern die kalte Schulter zeigen, dürfte das für die künftige Entwicklung Lilienthals ausgesprochen negative Folgen haben. Denn: Ohne das Lilienthaler Ja zur Straßenbahn wird es auch keine Entlastungsstraßenanbindung auf Bremer Gebiet geben.

Daran haben die politisch Verantwortlichen in Bremen keinen Zweifel gelassen. Sie bestehen auf dieser Vereinbarung – und das wohl auch nicht ohne Grund. Schließlich haben sie mit der Zuverlässigkeit der Lilienthaler Politik schon so manche bittere Erfahrung machen müssen.

Obwohl sich der Rat 1992 mit deutlicher Mehrheit, nicht zuletzt aufgrund der wohlwollenden Empfehlung Hannovers, für den „Doppelbeschluss“ und damit für die Straße und die Straßenbahn entschieden hatte, wollten CDU und FDP gut zehn Jahre später davon nichts mehr wissen: Sie kippten im Sommer 2003 mit ihrer knappen Mehrheit besagten Doppelbeschluss. Und das, obwohl man in Lilienthaler Rathaus zwischenzeitlich sogar die Bremer Straßenbahn AG eigens als Part-

ner mit der Planung eines Schienennetzes beauftragt hatte.

Doch von alledem hat sich die damalige Mehrheitsgruppe urplötzlich verabschiedet. Dass ein solches Verhalten in Bremen nicht gerade als vertrauensbildend verstanden werden konnte, dürfte klar sein. Also will der hanseatische Nachbar als „gebranntes Kind“ künftig alles vertraglich abgesichert wissen.

Nun kann man selbstverständlich auch das bremische Verhalten durchaus kritisch bewerten. Wenn da während der vergangenen Monate aus der einen oder anderen politische Ecke der Begriff „Erpressung“ zu hören war, ist auch das nachvollziehbar. Die klare Ansage Bremens: „Entweder Straßenbahn oder gar nichts“ spricht für sich. Andererseits ist diese Koppelung beider Projekte für Lilienthal ja nicht wirklich neu, sondern sie war im Jahre 1992 – fundamementiert durch den Doppelbeschluss – sogar gewollt.

Auch wenn die CDU-Fraktion dieser Kombination seinerzeit nur aus finanziellen Gründen zugestimmt haben sollte – der politische Wille war eindeutig. Daran wurde in jüngster Vergangenheit übrigens auch im zuständigen Verkehrsministerium bereits mehrfach erinnert. Und schließlich gibt's da ja auch das eindeutige Bürgervotum, das den Bau der Linie 4 und damit indirekt auch das hanseatische Planungsziel unterstützt. Man kann den Sachverhalt also drehen und wenden wie man will: Die Bremer sitzen nun mal am längeren Hebel. Und so werden diverse Christ- und Freidemokraten im Gemeinderat am Dienstag von der Vergangenheit eingeholt.

Doch mit dem Papier, um das es am Dienstagabend gehen soll, ist die Linie 4 längst noch nicht beschlossene Sache. Schließlich muss dieses Projekt auch finanzierbar sein. Gut vier Millionen Euro sind schließlich kein Pappenstiel. Allerdings, und auch das ist Fakt, kann sich mit dem Straßenbahnbau auch der Lilienthaler Ortskern städtebaulich durchaus positiv verändern, ohne dass man sich dafür finanziell besonders anstrengen muss. Mit dem Gleisbau werden auch die entsprechenden Nebenanlagen wie der Fuß- und Radweg neu gestaltet. Auch daran sollten die Kritiker einer solchen Durchführungsvereinbarung natürlich denken, bevor sie sich entscheiden.